

Wahlen

Wählerverhalten und soziales Umfeld bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin 2016

Eine Aggregatdatenanalyse

von **Jörg Feilbach, Iris Hoßmann-Büttner** und **Ricarda Nauenburg**

Die sozialräumlichen Zusammenhänge formen immer auch die Lebenswelt der Bewohnerinnen und Bewohner und tragen damit zur politischen Meinungsbildung bei. Davon ausgehend sind Zusammenhänge zwischen den Zweitstimmenanteilen der Parteien und dem sozialen Umfeld in der Wahlregion erkennbar. Die verwendeten Indikatoren charakterisieren somit die Wahlregionen als Sozialräume und nicht direkt die Parteipräferenz einer einzelnen Person oder Gruppe.

Diese Wahlanalyse befasst sich mit den Wahlergebnissen der im Berliner Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien SPD, CDU, GRÜNE, DIE LINKE, PIRATEN und zusätzlich mit dem Abschneiden der FDP, AfD und den sonstigen Parteien. Eine gesonderte Betrachtung ist den Nichtwählerinnen und Nichtwählern gewidmet.

Für die Aggregatdatenanalyse wurden sowohl die Ergebnisse der Zweitstimmenabgabe in den Wahllokalen als auch die Briefwahlergebnisse in den 653 Berliner Briefwahlbezirken berücksichtigt. Anhand eines Rankings wurden in den 25 % der Briefwahlbezirke mit den höchsten Ausprägungen (hoch) und in den 25 % der Briefwahlbezirke mit den niedrigsten Ausprägungen (niedrig) des jeweiligen Indikators für jede Partei die Zweitstimmenanteile berechnet und verglichen. Zusätzlich wurde die Veränderung der Zweitstimmenanteile ausgewählter Parteien 2016 gegenüber 2011 in den Hochburgen 2011 analysiert und somit die Parteienbindung der Wählerinnen und Wähler sowie die Wählerwanderung in den Hochburgen näher betrachtet.

Zusammengefasste Ergebnisse

Die Wahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin 2016 war für die beiden großen Volksparteien SPD und CDU mit deutlichen Stimmverlusten verbunden. Dabei lassen sich die Zweitstimmenanteile der SPD nur schwer auf das soziale Umfeld in den Berliner Wahlgebieten zurückführen. Die SPD ist immer noch eine Partei für alle – ohne ein ausgeprägtes Wählerprofil. Die CDU ist deutlicher im Westen der Stadt verankert. Sie stützt sich ungeachtet der starken Stimmverluste immer noch auf eine konservative, ältere und bodenständige Wählerschaft. Die Alternative für Deutschland (AfD) hat den prognostizierten Einzug in das Abgeordnetenhaus von Berlin unter anderem durch Stimmengewinne in den Hochburgen von SPD, CDU und LINKEN, aber vor allem durch die Mobilisierung der Nichtwähler geschafft. Am entgegengesetzten Ende des politischen Spektrums realisierte DIE LINKE ebenfalls Stimmengewinne. Sie ist immer noch im Osten Berlins verwurzelt, konnte in ihren eigenen Hochburgen aber nicht mehr an die Stimmenanteile von 2011 anknüpfen. Bei dieser Wahl profilierte sich DIE LINKE jedoch dadurch, dass sie in den Hochburgen der GRÜNEN und der PIRATEN erhebliche Zweitstimmenanteile für sich verbuchen konnte. Die Freien Demokraten haben ihre einstige Wählerklientel zurückgewonnen. Erfolgreich waren sie in den Hochburgen der CDU, der GRÜNEN und der SPD. Die GRÜNEN sind vor allem eine Partei der

dynamischen Innenstadtbezirke Berlins. Dort, wo viele junge Menschen und Ausländer leben sowie die Bevölkerungsfluktuation hoch ist, haben die GRÜNEN trotz Verlusten ihre besten Zweitstimmenergebnisse eingefahren. Die PIRATEN haben den Wiedereinzug ins Abgeordnetenhaus verfehlt und mussten ihre größten Verluste in den eigenen Hochburgen verkraften. Trotz gestiegener Wahlbeteiligung haben ein Drittel der Wahlberechtigten ihr Wahlrecht nicht wahrgenommen. Überdurchschnittlich viele Nichtwählerinnen und Nichtwähler gab es in sozial benachteiligten Wahlgebieten.

SPD weitgehend ohne sozialstrukturelles Profil

Insgesamt sind die Ergebnisse der SPD relativ ausgeglichen. Deutliche Zusammenhänge zwischen dem Zweitstimmenergebnis und der Sozialstruktur sind nicht erkennbar. Ihr trotz hoher Verluste bestes Ergebnis von 23,3 % erreichte die Partei in Regionen mit einem hohen Anteil an jungen Wahlberechtigten im Alter von 18 bis unter 25 Jahren. Dort, wo diese Altersgruppe weniger stark vertreten ist, kamen die Sozialdemokraten nur auf 19,9 %. Mit 22,8 % war die SPD noch relativ stark in Gebieten, in denen vergleichsweise viele christlich gebundene Wahlberechtigte leben. Entsprechend schwächer fiel der Zuspruch mit 19,2 % dort aus, wo die christliche Religionszugehörigkeit weniger verbreitet ist. In Wahlregionen mit hohen Anteilen an Hartz-IV-Emp-

fängerinnen und -Empfängern konnte die SPD leicht profitieren. Hier lag sie mit 22,7% geringfügig um 2,2 Prozentpunkte über dem Ergebnis der Regionen mit einem niedrigen Anteil dieses Strukturmerkmals. Unterdurchschnittlich schnitten die Sozialdemokraten mit 19,3% bei hohen Anteilen älterer Wahlberechtigter ab.

In den Hochburgen aller Parteien verlor die SPD bei dieser Wahl deutliche Stimmenanteile. Stärkste Stimmenverluste musste sie in den Hochburgen der Partei DIE LINKE (-10,6 Prozentpunkte) erleiden. In ihren eigenen Hochburgen sowie in Regionen mit hohen Nichtwähleranteilen verloren die Sozialdemokraten mit jeweils 8,7 Prozentpunkten ebenfalls deutlich.

Christliche, ältere und alteingesessene Wählerschaft begünstigt CDU

Die Verbreitung kirchlicher Zugehörigkeiten in der Wählerschaft ist für Wahlerfolge der CDU nach wie vor von Bedeutung. Während die Christdemokraten in Regionen mit hohen Anteilen konfessionell gebundener Wahlberechtigter mit 26,3% ihre mit Abstand deutlichsten Erfolge erzielen konnten, blieben sie dort, wo diese Bevölkerungsgruppe unterrepräsentiert ist, mit 14,1% deutlich unter ihrem Durchschnitt. Begünstigt wird die CDU auch bei einer geringen SGB-II-Quote in der Bevölkerung. Hier erzielte sie immerhin 23,5% des Zweitstimmenanteils. Besonders deutlich sind die Unterschiede der CDU-Ergebnisse zwischen Regionen mit hohen und geringen Anteilen Älterer an der Wahlbevölkerung. Sind die über 70-Jährigen relativ zahlreich in einer Region, erreichte die Partei 22,7%, während sie bei geringen Anteilen dieser Gruppe lediglich 10,3% einfahren konnte. Das Bild einer eher konservativen, älteren und bodenständigen Wählerschaft komplettiert sich durch hohe Wahlergebnisse in Gebieten mit hohen Bevölkerungsanteilen mit mindestens fünf Jahren Wohndauer (23,5%). In Gebieten mit vielen Fort- und Zuzügen erzielten die Christdemokraten dagegen nur ein Ergebnis von 12,3%. Gegenüber der Abgeordnetenhauswahl 2011 verlor die CDU in den Parteihochburgen unterschiedlich stark. Besonders stark sanken die Zweitstimmenanteile in ihren eigenen Hochburgen (-11,2 Prozentpunkte). Deutliche Verluste musste sie auch in den Hochburgen der SPD (-5,8 Prozentpunkte) sowie in Regionen mit hohen Nichtwähleranteilen (-4,6 Prozentpunkte) verzeichnen.

GRÜNES Erfolgsumfeld: wenig Ältere, viele Ausländerinnen und Ausländer, hohe Bevölkerungsfluktuation

Für die GRÜNEN zeigen die strukturellen Zusammenhänge, dass sie am erfolgreichsten dort waren, wo der Anteil Älterer gering (24,3%), der Ausländeranteil hoch (21,3%) und/oder der Anteil an Personen mit längerer Wohndauer gering (20,2%) ist. Den geringsten Zuspruch erhielten die GRÜNEN mit 6,3% in Gebieten mit wenigen Kirchenmitgliedern, die hauptsächlich im Osten Berlins liegen. Deutlich unterdurchschnittlich schnitten sie mit 8,8% auch in Regionen mit geringen Anteilen an Ausländerinnen und Ausländern, die ebenfalls im östlichen Teil der Stadt lokalisiert sind sowie mit 9,7% in Gebieten mit hoher Wohnkonstanz ab.

Die GRÜNEN verloren gegenüber der letzten Abgeordnetenhauswahl in allen Parteihochburgen – mit -3,7 Prozentpunkten am deutlichsten in den Hochburgen der CDU, gefolgt von ihren eigenen Hochburgen mit -3,2 Prozentpunkten.

DIE LINKE ist immer noch eher im Osten Berlins verwurzelt

DIE LINKE gehört bei dieser Abgeordnetenhauswahl zu den Gewinnern. Ihre besten Ergebnisse erreichte sie mit 24,8% in Briefwahlbezirken mit einem niedrigen Anteil christlich gebundener Wahlberechtigter, die größtenteils im Osten der Stadt liegen. Auch ein niedriger Anteil von jungen, aber auch älteren Wahlberechtigten führte zu einem überdurchschnittlichen Wahlergebnis für DIE LINKE (21,0% und 20,6%), was aber ebenfalls für Regionen mit einer hohen Fluktuation der Bevölkerung zutrif. Hier erreichte DIE LINKE 19,5%. Dagegen wirkten sich gute Wohnlagen, wenige Hartz-IV-Empfängerinnen und -Empfänger, viele christlich Gebundene und junge Deutsche im Wahlgebiet nicht günstig auf das Wahlergebnis der Partei DIE LINKE aus. Diese Wahlgebiete finden sich hauptsächlich im Westen Berlins. Ohne wesentlichen Einfluss blieben der Ausländeranteil, der Anteil der Kinder unter 18 Jahren und damit von Familien im Wahlgebiet sowie der Anteil der in einfachen Wohnlagen wohnhaften Bevölkerung.

DIE LINKE hat bei dieser Wahl insbesondere in den Hochburgen von GRÜNEN und PIRATEN Stimmengewinne verbucht (+9,4 und +8,2 Prozentpunkte), wobei sie in ihren eigenen Hochburgen einen Stimmenverlust von 2,3 Prozentpunkten hinnehmen musste.

1 | Veränderung der Zweitstimmenanteile ausgewählter Parteien 2016 gegenüber 2011 in den Hochburgen 2011 in Prozentpunkten – Endgültiges Ergebnis –

Hochburgen	Zweitstimmen								
	SPD	CDU	GRÜNE	DIE LINKE	PIRATEN	FDP	AfD	Sonstige	Nichtwähler
%Punkte									
SPD.....	-8,7	-5,8	-1,8	2,7	-6,5	4,5	16,6	-1,0	-6,4
CDU.....	-4,2	-11,2	-3,7	2,8	-5,0	7,9	14,5	-1,1	-4,6
GRÜNE.....	-5,1	-3,5	-3,2	9,4	-9,1	4,8	7,1	-0,3	-6,5
DIE LINKE.....	-10,6	-0,9	-0,7	-2,3	-7,3	2,2	20,5	-0,9	-8,6
PIRATEN.....	-6,8	-1,7	-1,5	8,2	-10,7	2,8	10,0	-0,5	-8,1
Nichtwähler.....	-8,7	-4,6	-1,0	2,5	-7,9	2,8	18,5	-1,6	-8,0

Datengrundlage:
Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

PIRATEN haben in ihren Hochburgen am meisten Stimmen verloren

Die PIRATEN wurden bei dieser Abgeordnetenhauswahl ebenfalls von den Wählerinnen und Wählern abgestraft: Sie konnten sich nach einer Wahlperiode nicht etablieren. Herbe Verluste von 10,7 Prozentpunkten fuhren sie vor allem in ihren eigenen Hochburgen ein, aber auch dort, wo die GRÜNEN bei der letzten Abgeordnetenhauswahl im Jahr 2011 am besten abgeschnitten hatten (-9,1 Prozentpunkte). Ihre besten Zweitstimmenergebnisse mit 2,5% und darüber erreichten die PIRATEN in Regionen, wo der Anteil älterer Wählerinnen und Wähler niedrig und die Fluktuation der Bevölkerung hoch ist. Im Gegenzug wurden dort, wo viele ältere, christlich gebundene, alteingesessene oder besser situierte Wählerinnen und Wähler wohnen, besonders wenige Zweitstimmen für die PIRATEN abgegeben. So betrug der Zweitstimmenanteil in Wahlregionen mit relativ vielen guten Wohnlagen 1,3%, bei relativ wenigen Hartz-IV-Empfängerinnen und -Empfängern sogar nur 1,2%.

FDP konnte ihre Wählerklientel zurückgewinnen

Der FDP haben bei dieser Wahl insbesondere Wählerinnen und Wähler aus Wahlgebieten mit hohem

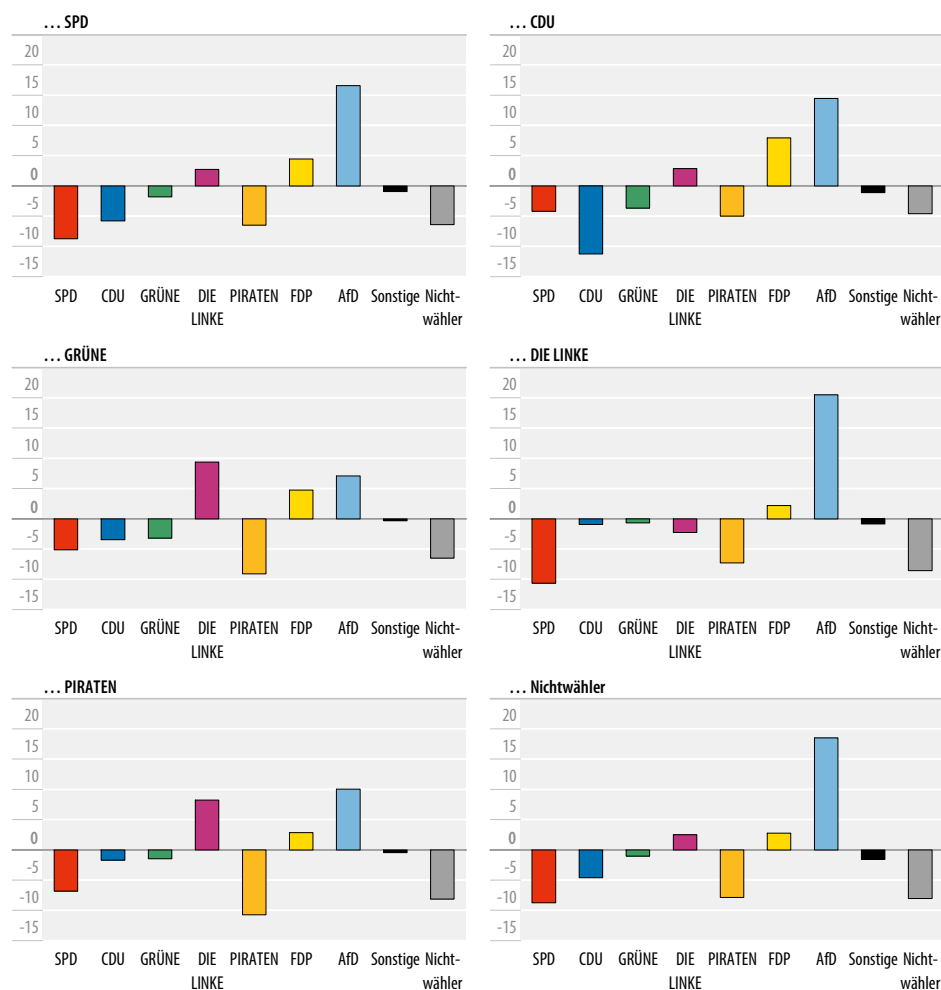
Ausländeranteil, vielen älteren Wählerinnen und Wählern, einem hohen Anteil christlich Gebundener und einer wirtschaftlich eher besser gestellten Bevölkerung mit Zweitstimmenanteilen von weit über ihrem Gesamtergebnis von 6,7% zum Wiedereinzug in das Abgeordnetenhaus verholten. Diese Wahlgebiete finden sich überwiegend im Westteil Berlins. In Wahlgebieten mit geringer Kirchenzugehörigkeit, wenigen Älteren, aber dafür vielen sozial Benachteiligten sind die Freien Demokraten nicht über 5% gekommen.

Die höchsten Stimmengewinne mit 7,9 Prozentpunkten verbuchte die FDP in den Hochburgen der CDU, aber mit 4,8 und 4,5 Prozentpunkten auch in den Hochburgen der GRÜNEN und der Sozialdemokraten.

AfD gewinnt Anhänger in den Hochburgen der etablierten Parteien und mobilisiert Nichtwähler

Aus dem Stand holte die AfD 14,2% der Stimmen und zog in das Abgeordnetenhaus von Berlin ein. Mit ihren Positionen zur inneren Sicherheit und zur Flüchtlingsdebatte konnte sie nicht nur eine Vielzahl an Wählerinnen und Wählern in den Hochburgen der etablierten Parteien wie SPD, CDU und DIE LIN-

a | Veränderung der Zweitstimmenanteile ausgewählter Parteien 2016 gegenüber 2011 in den Hochburgen 2011 in Prozentpunkten



KE von sich überzeugen, sondern mobilisierte auch große Teile der Nichtwählerschaft. Somit stellt die noch junge Partei für alle Parteien eine Konkurrenz dar.

Die Zusammenhänge zwischen Zweitstimmen und dem sozialen Umfeld sind für die AfD bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus 2016 deutlich sichtbar. Einen größeren Zuspruch erhielt die AfD in Gebieten mit geringer Kirchengzugehörigkeit (21,5%) oder einem hohen Anteil an älterer Bevölkerung über 70 Jahren (15,6%), wie sie vorrangig im Ostteil der Stadt zu finden sind. In Briefwahlbezirken mit vielen Hartz-IV-Empfängerinnen und -Empfängern ist die AfD mit 16,5% der Zweitstimmen deutlich stärker vertreten als in Gebieten mit einem geringen Anteil an Hartz-IV-Empfängerinnen und -Empfängern (13,3%). Auch hinsichtlich der Ausländerquote gibt es Unterschiede: In den Wahlregionen mit einem hohen Anteil an ausländischer Bevölkerung finden sich weniger AfD-Wählerinnen und -Wähler (10,2%) als in Gebieten mit geringem Ausländeranteil (18,9%).

Die AfD konnte in den Hochburgen aller Parteien Anhängerinnen und Anhänger gewinnen. Besonders in den Hochburgen der SPD (+16,6 Prozentpunkte) und der Partei DIE LINKE (+20,5 Prozentpunkte) konnte sich die AfD positionieren. Auch in den Regionen mit überdurchschnittlich vielen Nichtwählerinnen und Nichtwählern bei der Abgeordnetenhauswahl 2011 gab es fünf Jahre später zugunsten der AfD (+18,5 Prozentpunkte) mehr Wahlberechtigte, die ihr Wahlrecht wahrnahmen.

Sonstige Parteien verlieren Wählerstimmen

Unter den sonstigen Parteien findet sich eine Vielfalt an kleinen Parteien wie die NPD, Die PARTEI, die DKP, ALFA (Allianz für Fortschritt und Aufbruch), Tierschutzpartei, PSG (Partei für soziale Gerechtigkeit) und BüSo (Bürgerrechtsbewegung Solidarität), die mit ihren Positionen und der damit verbundenen Wählerschaft teilweise nicht unterschiedlicher sein könnten. Somit lässt sich nur schwer ein einheitliches Bild anhand der Zweitstimmen und der Sozialstruktur in den Briefwahlbezirken erkennen. Dennoch wird deutlich, dass die sonstigen Parteien ein Angebot für Protestwählerinnen und -wähler darstellen. Die Gruppe der sonstigen Parteien mit einem Zweitstimmenanteil von 7,4% musste bei der Abgeordnetenhauswahl 2016 Verluste bei den Zweitstimmen einstecken: Zwischen 0,3 Prozentpunkten

in den Hochburgen der GRÜNEN und -1,6 Prozentpunkten in den Hochburgen der Nichtwählerinnen und Nichtwähler. Ihre Zweitstimmen erhielten sie vorrangig aus Regionen mit einem hohen Anteil an Hartz-IV-Empfängerinnen und -Empfängern (9,2% zu 5,3% in Gebieten mit niedriger SGB-II-Quote). Eine größere Wählerschaft (8,6%) findet sich in Briefwahlbezirken, in denen einfache Wohnlagen relativ häufig vorkommen sowie in Regionen mit geringer Kirchengzugehörigkeit (9,6%).

Nichtwähler vorrangig in benachteiligten Gebieten

Die Wahlbeteiligung an der Abgeordnetenhauswahl 2016 erhöhte sich gegenüber 2011 um 6,7 Prozentpunkte. Die Mobilisierung von Nichtwählerinnen und Nichtwählern kam zu großen Teilen der AfD zugute. Diese verstand es wie keine andere Partei, die Nichtwählerschaft von ihren Positionen zu überzeugen oder zu Protestwählerinnen und -wählern werden zu lassen. Dennoch hat bei dieser Abgeordnetenhauswahl jeder dritte Wahlberechtigte (33,2%) sein Wahlrecht nicht wahrgenommen.

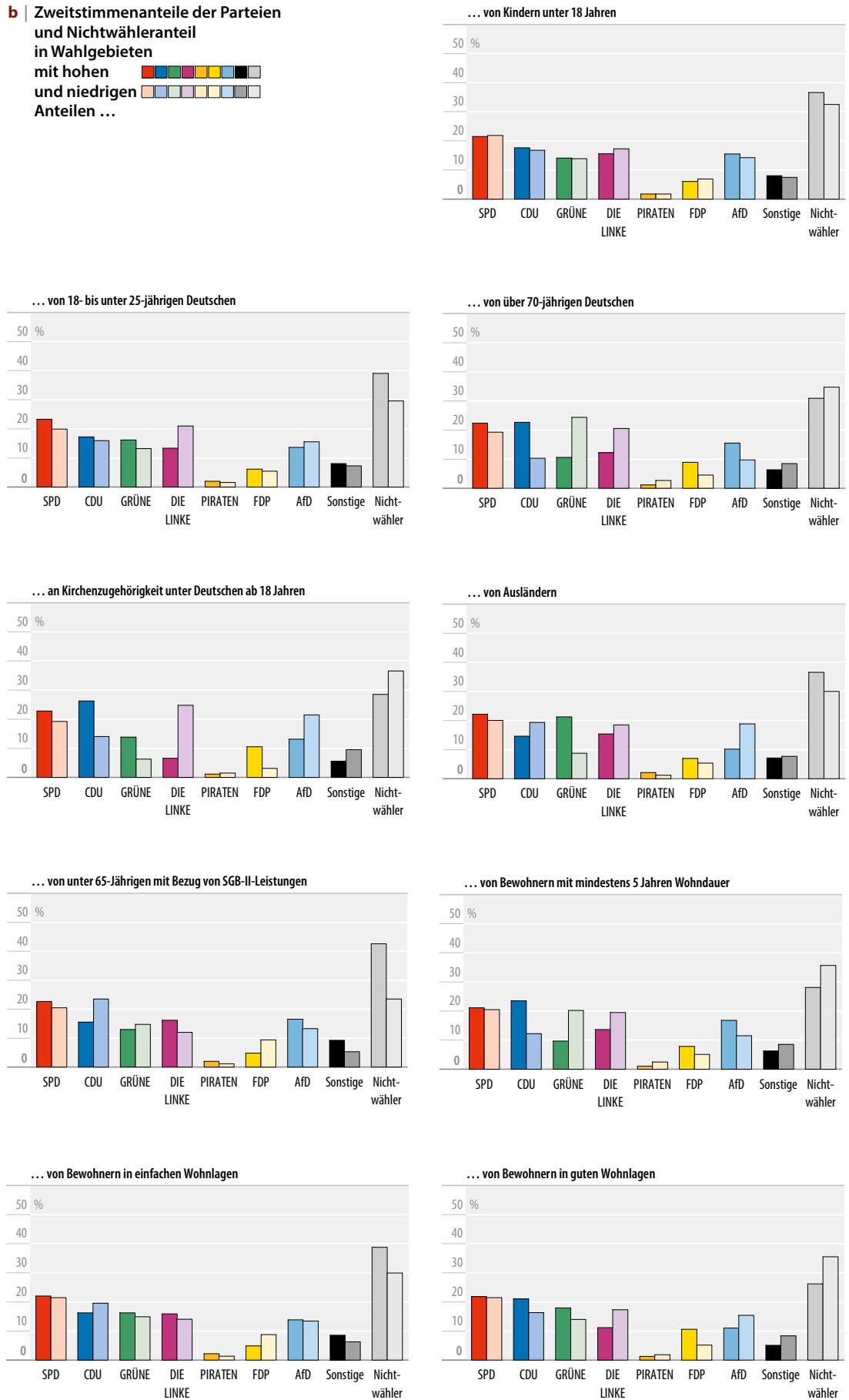
Die Analyse des sozialen Umfelds zeigt ein klares Bild der Nichtwählerschaft: wohnhaft in benachteiligten Wahlregionen mit hoher SGB-II-Quote (42,6%

2 | Zweitstimmenanteil ausgewählter Parteien bei der Abgeordnetenhauswahl in Berlin am 18. September 2016 in Wahlgebieten mit höchsten und niedrigsten Ausprägungen in verschiedenen Strukturindikatoren – Endgültiges Ergebnis –

Sozialstrukturindikatoren	Zweitstimmen								
	SPD	CDU	GRÜNE	DIE LINKE	PIRATEN	FDP	AfD	Sonstige	Nichtwähler
	%								
Kinder unter 18 Jahren									
hoch.....	21,5	17,6	14,1	15,6	1,7	6,0	15,5	8,0	36,6
niedrig.....	21,9	16,8	13,9	17,3	1,7	6,9	14,2	7,4	32,5
Jüngere zwischen 18 bis unter 25 Jahre									
hoch.....	23,3	17,3	16,2	13,4	2,0	6,2	13,6	8,1	39,1
niedrig.....	19,9	16,0	13,2	21,0	1,6	5,5	15,6	7,3	29,6
Ältere über 70 Jahre									
hoch.....	22,4	22,7	10,6	12,2	1,1	8,9	15,6	6,4	30,9
niedrig.....	19,3	10,3	24,3	20,6	2,7	4,5	9,8	8,5	34,8
Kirchengzugehörigkeit									
hoch.....	22,8	26,3	13,9	6,6	1,2	10,6	13,1	5,6	28,5
niedrig.....	19,2	14,1	6,3	24,8	1,5	3,1	21,5	9,5	36,6
Ausländeranteil									
hoch.....	22,2	14,6	21,3	15,4	2,1	7,0	10,2	7,1	36,5
niedrig.....	20,1	19,4	8,8	18,5	1,3	5,4	18,9	7,7	30,0
SGB-II-Quote									
hoch.....	22,7	15,6	13,0	16,2	2,0	4,8	16,5	9,2	42,6
niedrig.....	20,5	23,5	14,8	12,0	1,2	9,4	13,3	5,3	23,5
Wohndauer 5 Jahre und länger									
hoch.....	21,1	23,5	9,7	13,6	1,1	7,9	16,8	6,3	28,1
niedrig.....	20,5	12,3	20,2	19,5	2,5	5,1	11,5	8,5	35,6
Einfache Wohnlage									
hoch.....	22,1	16,2	16,3	15,9	2,2	4,9	13,8	8,6	38,7
niedrig.....	21,5	19,6	14,9	14,1	1,4	8,8	13,4	6,3	29,9
Gute Wohnlage									
hoch.....	21,9	21,0	17,9	11,2	1,3	10,6	11,0	5,1	26,2
niedrig.....	21,4	16,3	14,0	17,3	1,9	5,2	15,4	8,4	35,5

Datengrundlage:
 Einwohnerregisterstatistik des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg, Statistik der Grundsicherung für Arbeitssuchende der Bundesagentur für Arbeit

b Zweitstimmenanteile der Parteien und Nichtwähleranteil in Wahlgebieten mit hohen und niedrigen Anteilen ...



Nichtwählerinnen und Nichtwähler), in einfachen Wohnlagen (38,8%) und hohem Ausländeranteil (36,6%). Politikverdrossenheit findet sich vor allem in Gebieten mit jüngerer Bevölkerung. Dort haben 39,1% aller Wahlberechtigten nicht an der Abgeordnetenhauswahl teilgenommen. Insgesamt lag die Quote der Nichtwählerinnen und Nichtwähler bei 33,1% – bei der Abgeordnetenhauswahl 2011 waren es noch 39,8%.

In den Wahlgebieten mit den meisten Nichtwählerinnen und Nichtwählern im Jahr 2011 finden sich fünf Jahre später 8,0 Prozentpunkte weniger. Ähnlich sieht es in den 2011er Hochburgen der PIRATEN und der Partei DIE LINKE aus. Auch hier hat sich die Nichtwählerschaft mehr als 8 Prozentpunkte verringert.

Methodische Anmerkungen

Der Analyse liegen die Zweitstimmen der Parteien aus dem endgültigen amtlichen Endergebnis der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus am 18. September 2016 zugrunde. Für die Analyse wurde sowohl die Stimmenabgabe in den Wahllokalen als auch per Briefwahl berücksichtigt. Anhand der abgegebenen gültigen Stimmen wurden die Zweitstimmenanteile errechnet. Die gesonderte Betrachtung der Nichtwählerinnen und Nichtwähler bezieht sich auf alle Wahlberechtigten.

Für die Untersuchung der Zusammenhänge mit der sozialen Lage und dem sozialen Umfeld der Wählerinnen und Wähler wurden von den 653 Briefwahlbezirken jeweils die beiden Viertel mit den höchsten und niedrigsten Ausprägungen auf einem Sozialstrukturindikator ausgewählt. Briefwahlbezirke mit mittleren Ausprägungen auf einem Indikator wurden nicht in die Analyse einbezogen. In den 25% der Briefwahlbezirke mit den höchsten Ausprägungen und den 25% der Briefwahlbezirke mit den niedrigsten Ausprägungen des Indikators wurden die Zweitstimmenanteile der Parteien berechnet und verglichen.

Die Hochburgenbetrachtung ist ein Vergleich der aktuellen Zweitstimmenanteile der Parteien in den 25% der Briefwahlbezirke mit den höchsten Zweitstimmenanteilen der Parteien bei der letzten Abgeordnetenhauswahl 2011.

Die verwendeten Indikatoren charakterisieren das soziale Umfeld, in dem Wählerinnen und Wähler ihre Wahlentscheidung treffen. Sozialräumliche Zusammenhänge formen immer auch die Lebenswelt der Bewohnerinnen und Bewohner und tragen damit zur politischen Meinungsbildung bei. Dementsprechend beeinflusst der regionale Bezugspunkt auch das Wählerverhalten. Direkte Aussagen über Zusammenhänge zwischen soziodemografischen Merkmalen der Wählerinnen und Wähler und dem Wählerverhalten auf Individualebene sind damit nicht möglich. Vielmehr geht es um eine Analyse auf Aggregatebene.

Der Ausländeranteil in einem Wahlgebiet kennzeichnet die Zusammensetzung der Wohnbevölkerung und umfasst alle Bewohnerinnen und Be-

wohner, die nicht die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen. Um die vermuteten Parteipräferenzen in den verschiedenen Lebensaltern zu ermitteln, wurden drei Altersgruppen ausgewählt. Die erste Altersgruppe umfasst die Kinder unter 18 Jahren als ein Indikator für Familien mit ihren speziellen Bedürfnissen. Die zweite Altersgruppe schließt die jungen deutschen Erwachsenen zwischen 18 und unter 25 Jahren mit ein. Hierin enthalten sind unter anderem auch potenzielle Erstwählerinnen und -wähler. Die dritte Altersgruppe wird von den Deutschen im höheren Rentenalter ab 70 Jahren gebildet. Die entsprechenden Kennzahlen sind einfache Quoten der Altersgruppe bezogen auf die Bevölkerung.

Da religiöse Überzeugungen Wahlentscheidungen beeinflussen können, wurde die Konfessionszugehörigkeit zur evangelischen oder römisch-katholischen Kirche in die Untersuchung einbezogen. Für die Beschreibung der Wohnsituation werden einerseits die Wohndauer und andererseits die Wohnlage in den Wahlregionen betrachtet. Die Wohndauer ist ein Indikator für die Sesshaftigkeit oder Fluktuation der Bevölkerung. Dabei bezieht sich der Indikator auf eine Wohndauer von mindestens fünf Jahren. Die Wohnlage dient der Beschreibung der Wohnqualität in einer Wahlregion und unterteilt sich in einfache und gute Wohnlagen. Alle aufgeführten Indikatoren stammen aus der Einwohnerregisterstatistik des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg mit Stichtag 31. Dezember 2015.

Der Bezug von Leistungen nach SGB II („Hartz IV“) beschreibt die Abhängigkeit von Transferleistungen bei Personen unter 65 Jahren. Typische Ursache für diesen Leistungsbezug ist Arbeitslosigkeit, die bereits länger als ein Jahr andauert. Jedoch auch kurzzeitig Arbeitslose, Hochschulabsolventinnen und -absolventen, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Selbstständige, deren anderweitiges Einkommen zu gering ist, haben Anspruch auf ergänzende Leistungen nach SGB II. Ausschlaggebend für den Anspruch ist die finanzielle Lage des gesamten Haushaltes (der „Bedarfsgemeinschaft“). In Bedarfsgemeinschaften leben zum Teil Personen, die für sich selbst genügend Einkommen erzielen, jedoch nicht genug für die betreffende Haushaltszusammensetzung. Insofern ist die Zugehörigkeit zu einer Bedarfsgemeinschaft per definitionem ein Indikator relativer Einkommensarmut. Die SGB-II-Quote ist der Statistik der Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB-II-Statistik) der Bundesagentur für Arbeit entnommen und bildet den Anteil der melderechtlich registrierten Einwohnerinnen und Einwohner unter 65 Jahren in SGB-II-Bedarfsgemeinschaften zum 31. Dezember 2014 ab.

Jörg Feilbach ist Sachbearbeiter im Referat *Mikrozensus, Sozialberichte* des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg.

Iris Hoßmann-Büttner ist Sachbearbeiterin im Referat *Bildung, Bildungsanalysen, Gesundheitswesen* des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg.

Ricarda Nauenburg leitet das Referat *Mikrozensus, Sozialberichte* des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg.